

Kleine Anfrage 1142

des Abgeordneten Frank Werner
Fraktion der CDU

an die Landesregierung

Zunehmende Leugnung von SED-Verbrechen durch Ex-Stasi-Offiziere aus dem Umfeld der linksrevisionistischen "Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V."

Am 14. März nutzten rund 200 Ex-Stasi-Funktionäre eine Veranstaltung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, um Menschenrechtsverletzungen durch die DDR-Staatssicherheit zu leugnen, anwesende Opfer einzuschüchtern und zu verhöhnen. Die Gedenkstätte wurde dabei als "Gruselkabinett" diffamiert. Bei diesem offenen und offenbar organisierten Leugnen von Verbrechen des SED-Regimes wurden Misshandlungen und unmenschliche Haftbedingungen als Lügen dargestellt. Der letzte MfS-Gefängniskommandant lobte sogar den humanen Strafvollzug in Hohenschönhausen. Da sich der anwesende Berliner PDS-Kultursenator Thomas Flierl als unfähig erwies, dem Treiben ein Ende zu bereiten, geriet er kurz darauf politisch unter Druck. Hinter diesen Aktivitäten steht die "Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V." (GRH). Inzwischen wurde Strafanzeige wegen Leugnung von Verbrechen gestellt.

Mittlerweile schreibt die GRH Schulen an, die die Gedenkstätte Hohenschönhausen besucht haben. In diesen Schreiben, die auch an brandenburgischen Schulen eingegangen sind, heißt es: "Uns treibt insbesondere die Sorge um Kinder und Jugendliche in unserem Lande". Die Gedenkstätte Hohenschönhausen ziele "letztendlich auf die Diffamierung jeglicher sozialistischer Ideen und Ideale". Dort würden "lügnerische Behauptungen" aufgestellt. Zusätzlich wird auf ein Buch über das "Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)" verwiesen. Dieses Buch kann nach Medienberichten im Haus der Linkspartei.PDS-Parteizentrale erworben werden. Die Schulen filtert die GRH offenbar aus Zeitungsberichten und Internetseiten heraus. Finden sich dort Berichte über den Gedenkstättenbesuch einer Klasse, erhält der Schulleiter Post.

Die GRH wurde am 19. Mai 1993 in Berlin von ehemaligen hochrangigen Offizieren und Mitarbeitern des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit gegründet. Sie soll mittlerweile über 1000 Mitglieder zählen, darunter Personen wie der letzte Chef der DDR-Staatssicherheit, Wolfgang Schwanzitz. Die GRH bezeichnet die Verfahren gegen Täter von SED-Verbrechen als "Siegerjustiz" und spricht pauschal auch von "politischer Strafjustiz". Die GRH ist strukturiert in "Territoriale Arbeitsgruppen" (TAG) sowie in Arbeitsgruppen des Vorstandes. In ihren offiziellen Verlautbarungen

- wirbt die GRH mit Ihrem Infostand auf einem Pressefest der DKP-Zeitung UZ;
- kündigt sie "zentrale Veranstaltungen ... aus Anlass des 60. Jahrestages der Bildung der Grenzpolizei in der damaligen sowjetischen Besatzungszone" an "und legte dazu erste Maßnahmen fest";
- macht die GRH-Arbeitsgruppe "AG Sicherheit" auf Publikationen zur Gedenkstätte Hohenschönhausen "aufmerksam";
- wird unter der Überschrift "Gegen Geschichtsfälschung" über einen Besuch von 60 niederländischen Offiziersschülern zu den Themen "Verteidigungscharakter des Warschauer Vertrages" sowie "Erziehung der NVA-Angehörigen im Sinne der Friedenserhaltung und Völkerfreundschaft" berichtet;
- wird für ein Friedensfest der Linkspartei.PDS geworben, auf welchem die "Positionen der GRH ... wirkungsvoll verdeutlicht werden" sollen;
- ist mit Bezug auf die Gedenkstätte Hohenschönhausen unter der Überschrift "Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)" von "Gedenkstätten(un)-kultur" die Rede;
- steht zu lesen, Petra Pau (Linkspartei.PDS) "versicherte", dass sie sich "im Falle der Wiederwahl in der Fraktion und im Bundestag für die von unseren Organisationen vertretenen Forderungen einsetzen" wird;
- wird "mit Empörung" auf die Rehabilitierung von Personen reagiert, die von "Justizorganen der DDR zum Tode verurteilt und hingerichtet" wurden;
- werden Gedenkstätten zur Mahnung an die Verbrechen der SED als "beabsichtigte Diskriminierung der DDR, insbesondere des MfS" bezeichnet;
- wird der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen als "Hetzer und Geschichtsfälscher" verunglimpft;
- wird beklagt, dass ein "selbsternanntes Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ... die Unterstützung der Verteidigung von Milosevic ... unterbindet";
- wird die These, die DDR ist ein Unrechtsstaat gewesen, als "verleumderisch" bezeichnet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Aktivitäten der GRH?
2. Sind der Landesregierung die Mitglieder der GRH bekannt, die nach der friedlichen Revolution in der DDR für ihre Beteiligung an SED-Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden?
3. Welche Möglichkeiten sieht Landesregierung, der linksrevisionistischen Leugnung von SED-Verbrechen durch die GRH und andere Organisationen entgegenzuwirken?

4. Wie genau wurden unsere Schulen auf die dringende Notwendigkeit eines angemessenen Umgangs mit dem Brief der linksrevisionistischen GRH gegen die Gedenkstätte Hohenschönhausen hingewiesen?
5. Welche Möglichkeiten sieht das Land, die Opfer von SED-Verbrechen und SED-Unrecht gegen die Leugnung dieser Verbrechen und dieses Unrechts wirksam zu schützen?
6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Leugnung von SED-Verbrechen strafrechtlich geahndet werden sollte?
7. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass gegen die Leugnung von SED-Verbrechen entsprechende strafrechtliche Verschärfungen vorgenommen werden sollten?
8. Erkennt die Landesregierung in Art oder Weise oder Struktur der GRH-Aktivitäten Ähnlichkeiten zu Aktivitäten anderer Organisationen wie der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) oder der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HiAG)?
9. Wie bewertet die Landesregierung den Sachverhalt, dass sich die linksrevisionistische GRH mit ihrer Leugnung von SED-Verbrechen im Umfeld der Linkspartei.PDS bewegt und von dieser in diesem Umfeld erwünscht ist oder toleriert wird?
10. Welche genauen Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Aktivitäten der GRH in Brandenburg?
11. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass sich die GRH in einem Umfeld bewegt, dessen Tätigkeiten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind?
12. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Tätigkeiten der GRH gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind?
13. Welche Erkenntnisse hat der brandenburgische Verfassungsschutz über die GRH?
14. Wie bewertet die Landesregierung das Verhalten des Berliner Kultursenators am 14. März 2006 in Hohenschönhausen während der Veranstaltung in der Gedenkstätte?